

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des **Amtsausschusses Amt Mittleres Nordfriesland** am Montag, dem 18.07.2016, 18:00 Uhr, in Bredstedt, **Amtsverwaltung, Theodor-Storm-Str. 2, Sitzungssaal Nr. 304 im 2. OG**

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:09 Uhr

Anwesend:

Amtsvorsteher

Hans-Jakob Paulsen

Bürgermeisterin

Antje Hansen
Waltraud Schnoewitz
Claudia Weinbrandt

Bürgermeister

Dirk Albrecht	ohne Stimmrecht
Christian Christiansen	
Reiner Hansen	
Udo Hansen	i.V. für Ernst-Peter Carstensen
Knut Jessen	
Peter Jessen	
Ernst-Georg Nommsen	i.V. für Heinrich Bahnsen
Manfred Peters	
Andreas Petersen	
Peter Reinhold Petersen	
Diedrich Sönksen	
Werner Sutter	
Hans Günter Thordsen	
Peter Tücksen	
Bernd Wolf	

Gemeindevertreter

Holger Arff	
Uwe Bahr	
Sven Kloos	i.V. für Doris-Magdalene Carstensen
Heiko Schüning-Hansen	i.V. für Tim Friedrichsen
Bernhard Schweger	
Hermann Weber	ab 18:15h

Stadtvertreterin

Johanna Christiansen	ab 19:15h
----------------------	-----------

Stadtvertreter

Werner Nicolaisen
Rüdiger Rolfs
Björn Schlichting

i.V. für Dr. Edgar Techow

Protokollführer

Dr. Bernd Meyer

Gleichstellungsbeauftragte

Christine Friedrichsen

Personalrat

Ingo Berngruber

von der Verwaltung

Jessica Mühlenbeck
Claudia Pastewka

Lars Schwerdtfeger

bis 19:15h

Nicht anwesend:

Bürgermeister

Heinrich Bahnsen
Ernst-Peter Carstensen
Horst Petersen

Gemeindevertreterin

Annelie Bahnsen
Doris-Magdalene
Carstensen
Sigrid Nissen

Gemeindevertreter

Tim Friedrichsen

Stadtvertreter

Dr. Edgar Techow

Die Tagesordnung gliedert sich nunmehr wie folgt:

I. Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 25.04.2016

II. Nichtöffentlicher Teil

- 4 Beratung und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen beim flächendeckenden Breitbandausbau
Vorlage: 940/147/2016
- 5 Personalangelegenheiten
- 5.1 Beratung und Beschlussfassung über die Wahl zum stellv. Schiedsmann für den Schiedsbezirk Bredstedt-Land
Vorlage: 940/146/2016
- 5.2 Bereitstellung von Ausbildungsplätzen 2017

I. Öffentlicher Teil [Fortsetzung]

- 6 Bericht des Amtsvorstehers
- 7 Bericht der Verwaltung
- 8 Bericht und Beschlussfassungen zu Empfehlungen aus den Ausschüssen
- 8.1 Beratung und Beschlussfassung über die Anschaffung eines Rasenmähertraktors
- 8.2 Beratung und Beschlussfassung zur Eröffnungsbilanz 2012
- 8.3 Beratung und Beschlussfassung zum Jahresabschluss 2012 [einschl. der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen 2012]
- 9 Wahlen
- 9.1 Nachwahl eines Mitgliedes für den Finanzausschuss
- 9.2 Wahl eines Mitgliedes und eines stv. Mitgliedes für den Verwaltungsrat des ITVSH
- 10 Beratung und Beschlussfassung über Anträge
- 11 Mitteilungen/ Anfragen

Sitzungsverlauf:

Zu Punkt 1 der TO: (Eröffnung und Begrüßung)
--

Amtsvorsteher Hans-Jakob Paulsen begrüßt alle Anwesenden sehr herzlich zur Sitzung des Amtsausschusses.

Gegen Form und Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und LVB Dr. Bernd Meyer wird mit der Protokollführung beauftragt.

Der Amtsvorsteher stellt den Antrag, die Tagesordnungspunkte 4 »Beratung und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen beim flächendeckenden Breitbandausbau« und 5 »Personalangelegenheiten« unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten.

Die Mitglieder des Amtsausschusses stimmen dem Antrag einstimmig zu.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0

Zu Punkt 2 der TO:
(Einwohnerfragestunde)

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zu Punkt 3 der TO:
(Genehmigung der Niederschrift vom 25.04.2016)

Die Niederschrift vom 25.04.2016 wird bei sieben Enthaltungen angenommen.

Ja 20 Nein 0 Enthaltung 7

Amtsvorsteher Hans-Jakob Paulsen unterbricht den öffentlichen Teil der Amtsausschusssitzung um 18:12h und bittet die Öffentlichkeit, den Sitzungsraum zu verlassen.

Es schließt sich der nicht-öffentliche Teil mit den Tagesordnungspunkten 4 »Breitbandausbau« und 5 »Personalangelegenheiten« an.

Zu Punkt 6 der TO:
(Bericht des Amtsvorstehers)

Zu Beginn seines Berichts teilt Herr Amtsvorsteher Paulsen die im nicht-öffentlichen Teil des Amtsausschusses gefassten Beschlüsse mit:

Für den flächendeckenden Breitbandausbau der bisher nicht versorgten Amtsgebiete wird ein Förderantrag auf Basis eines Betreibermodells beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur [BMVI] gestellt. Bei Vorliegen des Förderbescheides wird – vorbehaltlich der Beschlussfassung des Amtsausschusses Südtondern – ein gemeinsamer Zweckverband gebildet, der dann die praktische Umsetzung des Ausbauprojektes übernimmt.

Herr Thorsten Fischer aus Drelsdorf wurde zum stellvertretenden Schiedsmann für den Schiedsbezirk Bredstedt-Land gewählt.

Die Amtsverwaltung Mittleres Nordfriesland stellt für das Ausbildungsjahr 2017 bis zu zwei Ausbildungsplätze für den Beruf »Verwaltungsfachangestellte(r)« zur Verfügung.

Bericht des Amtsvorstehers

Flüchtlinge

Im ersten Halbjahr 2017 ist die Anzahl der in die Region Mittleres Nordfriesland kommenden Flüchtlinge und Asylsuchenden deutlich gesunken.

Dieser Umstand bietet den ehrenamtlichen und den hauptamtlichen Helfer(inne)n zum Einen die Möglichkeit, sich zu konsolidieren und die bisherigen Integrationsbemühungen auch einer wirkungsspezifischen Würdigung zu unterziehen. Zum Anderen birgt diese Entwicklung für die amtsangehörigen Gemeinden allerdings auch einen besorgniserregenden finanziellen Aspekt. Mit der Anpassung der »Integrations- und Aufnahmepauschale« zum 01.03.2016 ging die Umwandlung in eine einmalig gewährte 'Kopfpauschale' für ab dem Zeitpunkt neu in die Region kommende Flüchtlinge einher. In Verbindung mit den rückläufigen Flüchtlingszahlen bedeutet das, dass dem Amt de facto keine Einnahmen aus der Integrationspauschale mehr zufließen. Auf der anderen Seite stehen die Gemeinden und das Amt mit seinem »Team Integration« für die über 400 bereits im Amtsgebiet befindlichen Flüchtlinge erst am Anfang eines nachhaltigen Integrationsprozesses. Die Ausgaben für eigens neu eingestelltes Personal und auch für die Vorhaltung von geeignetem Wohnraum lassen sich nicht von einem auf den anderen Tag reduzieren.

Dieser Herausforderung sieht sich nicht allein das Amt Mittleres Nordfriesland gegenüber. Sie ist flächendeckend von allen schleswig-holsteinischen Kommunen zu bewältigen. Vor diesem Hintergrund befindet sich der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag bereits in Verhandlungen mit dem Land über ein s.g. »Kommunalkpaket III«.

Mobilität

Der Kreis Nordfriesland und die kreisangehörigen Gemeinden haben die Sicherung der Mobilität als zentrales Element der Daseinsvorsorge für den ländlichen Raum identifiziert.

Vor diesem Hintergrund hat der Kreis durch ein externes Beratungsunternehmen ein Mobilitätskonzept für die Region erarbeiten lassen. Dieses sieht vor, die dünn besiedelten ländlichen Bereiche mithilfe eines »Rufbussystems« an die Zentralorte und an die Hauptverkehrsadern anzubinden. In der Prüfung befindet sich, für die Tage Montag bis Freitag in der Zeit zwischen 05:00 und 21:00h einen verlässlichen Zwei-Stunden-Takt anzubieten.

Die Schülerbeförderung soll in der bisherigen Form erhalten bleiben, die Rückfahrten allerdings auf zwei pro Tag begrenzt werden.

Windkraftplanung

Die erste Auslegung der Teilfortschreibung wird sich vss. noch bis Ende des Jahres verzögern. Eine Verlängerung der Veränderungssperre um ein weiteres Jahr ist nicht auszuschließen.

Die 'Neudefinition' der »charakteristischen Landschaftsräume« hat den Kreis Nordfriesland veranlasst, »Landschaftsschutzgebiete« auszuweisen, die im Wesentlichen die Flächen der bisherigen charakteristischen Landschaftsräume umfassen. Auf diese Weise soll einem unkontrollierten 'Wildwuchs' entgegen getreten und der Erhalt des prägenden Landschaftsbildes sichergestellt werden.

Die Ausweisung der Landschaftsschutzgebiete wird aus einzelnen Gemeinden und aus der Landwirtschaft heraus kritisch gesehen. Sie befürchten nachteilige Auswir-

kungen auf die landwirtschaftliche Nutzung, insbesondere für den Fall, dass sich gesetzliche Änderungen ergeben. Der Landrat wurde diesbezüglich angesprochen und hat für diesen Fall fest zugesagt, die Verordnung des Kreises im Sinne der Landwirtschaft entsprechend anzupassen.

Kreisfinanzen

Derzeit finden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die seitens des Bundes zugesagte Entlastung der kommunalen Ebene im Umfang von fünf Milliarden Euro statt.

Unstrittig ist, dass den Kommunen 2,5 Milliarden Euro direkt über die Beteiligung an der Umsatzsteuer zufließen sollen. Die zweite Hälfte soll den Kommunen teils über die weitere Entlastung bei den Kosten der Unterkunft [KdU] zugute kommen.

Angesichts der jüngst erfolgten Erhöhung der Kreisumlage werden die Vertreter der Städte und Gemeinden diesen Umstand in der vom Landrat eingesetzten »Strukturkommission« thematisieren. Über die Kreisumlage profitiert der Kreis unmittelbar vom möglichen Einnahmezuwachs der Kommunen über die Beteiligung an der Umsatzsteuer, so dass der Umlagesatz einer kritischen Überprüfung unterzogen werden sollte und ggf. über eine Senkung der Kreisumlage in den Folgejahren nachzudenken ist.

Zu Punkt 7 der TO: (Bericht der Verwaltung)

Sozialzentrum Mittleres Nordfriesland

LVB Dr. Bernd Meyer informiert über den Sachstand der derzeit mit dem Landrat und der Kreisverwaltung geführten Gesprächen über die zukünftige Organisationsstruktur der Option NF.

Nachdem der Landrat sich aus Sicht der SZ-Träger anfänglich äußerst kompromisslos gezeigt hat, hat sich das Klima der Gespräche in den vergangenen Wochen verbessert. Es verstärkt sich der Eindruck, dass der Landrat und auch der Fachbereich 3 nunmehr bereit sind, sich überhaupt ernsthaft mit den seitens der SZ-Träger vorgebrachten Argumenten auseinander zu setzen und eine differenzierte Sichtweise zuzulassen. Herr Meyer zeigt sich zuversichtlich, dass es in den kommenden Wochen gelingen kann, eine alle Interessen hinreichend berücksichtigende Lösung zu finden. Das Amt Mittleres Nordfriesland ist von Beginn an sehr sachlich dafür eingetreten, die auch von Seiten des Kreises mehrfach als ausgesprochen gut und vertrauensvoll bezeichnete Zusammenarbeit auf Grundlage des bestehenden und bewährten SZ-Vertrages fortzusetzen. Aus heutiger Sicht scheint es nicht mehr ausgeschlossen, dass dieses Ziel auch im Dialog mit Landrat, Kreisverwaltung und Kreispolitik erreicht werden kann.

Flüchtlingsbericht 2016

Der LVB begrüßt den Politikwissenschaftler Herrn Malte Matzen aus Langenhorn, der in den zurückliegenden zehn Wochen im Rahmen eines Praktikums eine Befragung der weit mehr als 400 neu in das Amtsgebiet gekommenen Flüchtlinge erstellt und durchgeführt hat. Die Befragung hatte zum Ziel, die Integrationsangebote des Amtes zukünftig noch passgenauer zu organisieren. Hierzu bedarf es einer vertieften Kenntnis der in die Region kommenden Menschen und deren eigenen Vorstellungen für ihre Zukunft. Herrn Matzen ist es in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit ge-

lungen, die Befragung äußerst strukturiert durchzuführen und aus den dabei erhobenen Antworten konkrete und auch praktisch umsetzbare Handlungsempfehlungen für Politik und Verwaltung abzuleiten. Der von ihm erstellte »Flüchtlingsbericht 2016« stellt in dieser Form ein Novum dar und dürfte innerhalb Schleswig-Holsteins bisher einzigartig sein.

Im Anschluss übergibt Herr Meyer das Wort an Herrn Matzen, der den anwesenden Mitgliedern des Amtsausschusses und den Gästen die Ergebnisse seiner Befragung anhand einer entsprechenden Präsentation [Anlage zum Protokoll] erläutert.

Mehr als 50 Prozent der an der Befragung teilnehmenden Flüchtlinge haben angegeben, auch nach Erlangung eines 'Status' in der Region – und hier wiederum schwerpunktmäßig in der Stadt Bredstedt – bleiben zu wollen. Dieses für viele Anwesenden in der Höhe überraschende Befragungsergebnis wertet der Amtsvorsteher Herr Paulsen als »Bestätigung für die hohe Akzeptanz der Flüchtlinge und der geleisteten Integrationsarbeit in der Region«.

Seitens des Amtes dankt er Herrn Matzen für die ausgezeichnete Mitarbeit in den zurückliegenden Monaten.

Zu Punkt 8 der TO:

(Bericht und Beschlussfassungen zu Empfehlungen aus den Ausschüssen)

Zu Punkt 8.1 der TO:

(Beratung und Beschlussfassung über die Anschaffung eines Rasenmähertraktors)

Der Vorsitzende des Finanzausschusses Herr Bernhard Schweger erläutert die Beschlussempfehlung zur »Anschaffung eines Rasenmähertraktors«, die der Finanzausschuss in seiner Sitzung am 15.06.2016 einstimmig gefasst hat.

Begründung:

Der derzeitige Aufsitzmäher der Marke Husqvarna CTH ist sehr reparaturanfällig geworden. Aus diesem Grund wurden drei Angebote für einen neuen Aufsitzmäher eingeholt. Zwei Angebote wurden abgegeben. Die Firma Kommunal- und Gartentechnik Nommsen aus Bordelum hat das wirtschaftlichste Angebot abgegeben.

Der angebotene Mäher ist von der Marke Honda, verfügt über zwei Zylinder und 17 PS, hat eine Schnittbreite von 1,02 m und einen Grasfangkorb mit 300 Litern Fassungsvermögen. Der Preis beträgt € 3.400. Als besonderes Serviceangebot wird ein kostenloser Hol- und Bring-Service bei der Durchführung von Wartungen und Inspektionen angeboten. Gleichzeitig wurde ein sehr gutes Angebot für den Husqvarna Aufsitzmäher unterbreitet.

Beschlussempfehlung:

Die Mitglieder des Finanzausschusses sprechen einen einstimmigen Empfehlungsbeschluss für die Anschaffung des Honda-Mähers an den Amtsausschuss aus.

Das Mitglied des Amtsausschusses Herr Ernst-Georg Nommsen erklärt sich für befangen und verlässt für die Beratung und Beschlussfassung des Amtsausschusses den Raum.

Beschluss:

Die Mitglieder des Amtsausschusses folgen einstimmig der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses und stimmen der Anschaffung des neuen Rasenmähertraktors der Marke Honda zu.

Ja 27 Nein 0 Enthaltung 0

Zu Punkt 8.2 der TO:

(Beratung und Beschlussfassung zur Eröffnungsbilanz 2012)

Herr Schweger ruft kurz die erste Vorstellung der Eröffnungsbilanz am 19.03.2014 in Erinnerung.

Im Anschluss übergibt er das Wort an die Amtsleiterin für Finanzen und Organisation Frau Claudia Pastewka.

Anhand der als Anlage zur Einladung zugesandten Eröffnungsbilanz erläutert Frau Pastewka die Veränderungen zu der in 2014 vorgestellten 'Ursprungsbilanz 2012'. Die Veränderungen ergeben sich teils aus den in den zurückliegenden zwei Jahren seitens des Landes veränderten Anforderungen und Vorgaben für die doppelte Haushaltsführung, die jetzt in die endgültige Version der Eröffnungsbilanz eingeflossen sind.

In seiner Sitzung hat der Finanzausschuss die seitens der Verwaltung vorgelegte Eröffnungsbilanz geprüft:

Prüfung der Eröffnungsbilanz 2012 nach § 95 n GO

I. Zu der durchzuführenden Prüfung wurden folgende Unterlagen vorgelegt:

- a) Eröffnungsbilanz 2012
- b) Anhang
- c) Anlagenspiegel
- d) Forderungsspiegel
- e) Verbindlichkeitsspiegel
- f) Bewertungsrichtlinie
- g) Bewertungsunterlagen Aktiva und Passiva

II. Prüfungsergebnisse:

Die Überprüfung der vorgelegten Unterlagen ergab keine Beanstandungen:

Der Rechnungsprüfungsausschuss hat die Eröffnungsbilanz 2012 nebst Anlagen gemäß § 95 n GO geprüft und stellt die Richtigkeit fest.

Beschlussempfehlung:

Nach Abschluss der Prüfung wird festgestellt, dass das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen sind und der Anhang, der Anlagenspiegel, der Forderungsspiegel und der Verbindlichkeitspiegel zur Eröffnungsbilanz vollständig und richtig sind.

Dem Amtsausschuss wird durch den Rechnungsprüfungsausschuss empfohlen, die Eröffnungsbilanz 2012 mit der Bilanzsumme von € 14.523.636,19 zu beschließen. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag wird mit € 766.716,84 ausgewiesen.

Beschluss:

Die Mitglieder des Amtsausschusses folgen der Empfehlung des Finanzausschusses vom 15.06.2016 und beschließen einstimmig die Eröffnungsbilanz 2012 mit der Bilanzsumme von € 14.523.636,19. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag wird mit € 766.716,84 ausgewiesen.

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

Zu Punkt 8.3 der TO:

(Beratung und Beschlussfassung zum Jahresabschluss 2012 [einschl. der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen 2012])

Herr Schweger und Frau Pastewka setzen mit der Erläuterung der im Finanzausschuss am 15.06.2016 gefassten Beschlussempfehlungen zu den »Über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für 2012« sowie zum »Jahresabschluss 2012« fort. Der Jahresabschluss ist den Mitgliedern des Amtsausschusses als Anlage zur Einladung zugegangen.

Hinsichtlich der zunächst außergewöhnlich hoch erscheinenden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen weist Frau Pastewka gesondert darauf hin, dass es sich im Wesentlichen um eine »Darstellungsproblematik« handelt, die sich aus den zwischenzeitlich modifizierten Vorgaben zur doppischen Haushaltsführung ergibt. So ist z.B. »kein Ausgleich über Deckungskreise mehr möglich«.

Die Prüfung wird wie folgt durchgeführt:

1) Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für 2012 genehmigt:

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2012

Für das Haushaltsjahr 2012 liegen insgesamt über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von 952.173,95 EUR vor.

Eine Auflösung der Deckungskreise ist in 2012 nicht erfolgt und kann aufgrund der Jahreswechsel nicht nachträglich erfolgen. Die Deckungskreise weisen einen Restbestand von 182.730,74 EUR aus.

Insgesamt beruht der größte Teil der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen auf einer Darstellungsproblematik im ersten doppelten Jahr.

Laut Haushaltssatzung des Amtes liegt der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bei 5.000 EUR.

Die Genehmigung des Amtsausschusses gilt in diesen Fällen als erteilt.

Auf eine Aufteilung der zur Kenntnis zu nehmenden und zu genehmigenden Aufwendungen und Auszahlungen wird verzichtet.

Beschlussempfehlung:

Für das Haushaltsjahr 2012 wird dem Gesamtbetrag aller genehmigungspflichtigen und zur Kenntnis zu nehmenden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von insgesamt 952.173,95 EUR zugestimmt.

Beschluss:

Die Mitglieder des Amtsausschusses folgen einstimmig der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses vom 15.06.2016 und stimmen dem Gesamtbetrag aller genehmigungspflichtigen und zur Kenntnis zu nehmenden über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in Höhe von insgesamt 952.173,95 EUR zu.

2) Prüfung der Jahresrechnung des Amtes Mittleres Nordfriesland für das Haushaltsjahr 2012

Jahresrechnung 2012

Zur Prüfung werden gemäß § 44 GemHVO – Doppik folgende Unterlagen vorgelegt:

- Bilanz
- Ergebnisrechnung
- Teilergebnisrechnungen
- Finanzrechnung
- Teilfinanzrechnungen
- Anhang zum Jahresabschluss
- Anlagenspiegel
- Forderungsspiegel
- Verbindlichkeitspiegel
- Übersicht über die übertragenen Haushaltsermächtigungen gem. § 23 GemHVO
- Übersicht über Sondervermögen, Zweckverbände, Gesellschaften, Kommunalunternehmen, andere Anstalten und Wasser- und Bodenverbände
- Lagebericht zum Jahresabschluss
- Übersicht über die über- u. außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen
- Sämtliche Buchungsanordnungen

Die stichprobenartige Überprüfung der Belege ergab keine Beanstandungen.

Nach Abschluss der Prüfung wird festgestellt:

1. Der Haushaltsplan wurde eingehalten.
2. Die einzelnen Rechnungsbelege wurden - soweit geprüft - sachlich und rechnerisch vorschriftsmäßig begründet und belegt.
3. Bei den Erträgen, Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie bei der Vermögens- und Schuldenverwaltung sind nach den geltenden Vorschriften verfahren worden.
4. Das Vermögen und die Schulden sind richtig nachgewiesen.
5. Der Anhang zum Jahresabschluss ist vollständig und richtig.
6. Der Lagebericht zum Jahresabschluss ist vollständig und richtig.

Beschlussempfehlung:

Dem Amtsausschuss Mittleres Nordfriesland wird empfohlen, den Jahresabschluss zu beschließen und den Jahresüberschuss von € 132.376,60 mit dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag zu verrechnen. Dieser vermindert sich von € 766.716,84 auf € 612.740,24.

[zur Erklärung des Differenzbetrages: dem ausgewiesenen Jahresüberschuss ist eine Rückzahlung der Breitbandnetzgesellschaft (BNG) in Höhe von € 21.600,- hinzuzurechnen, die erst nach Rechnungsschluss eingegangen ist].

Beschluss:

Der Amtsausschuss folgt einstimmig der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses am 15.06.2016 und beschließt den vorliegenden Jahresabschluss. Der ausgewiesene Jahresüberschuss von € 132.376,60 ist mit dem nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag zu verrechnen. Dieser vermindert sich dadurch von € 766.716,84 auf € 612.740,24.

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

Zu Punkt 9 der TO:

(Wahlen)

Zu Punkt 9.1 der TO:

(Nachwahl eines Mitgliedes für den Finanzausschuss)

LVB Dr. Meyer informiert darüber, dass Herr Kay-Peter Christophersen als Mitglied und Frau Heinke Arff als stellvertretendes Mitglied des Finanzausschusses ausgeschieden sind.

Er bittet um Vorschläge der Amtsausschussmitglieder zur Nachbesetzung der vakanten Ausschusssitze.

Als neues Mitglied des Finanzausschusses wird der Bredstedter Stadtvertreter Herr Werner Nicolaisen vorgeschlagen.

Als neues stellvertretendes Mitglied des Finanzausschusses wird der Breklumer Gemeindevertreter Herr Holger Arff vorgeschlagen.

Amtsvorsteher Paulsen stellt die Frage, ob es seitens der Amtsausschussmitglieder Einwände gegen eine En bloc-Wahl gibt. Nachdem dies nicht der Fall ist, stellt er die o.g. Vorschläge en bloc zur Wahl.

Beschluss:

Die Mitglieder des Amtsausschusses wählen einstimmig Herrn Werner Nicolaisen zum Mitglied des Finanzausschusses und Herrn Holger Arff zum stellvertretenden Mitglied des Finanzausschusses.

Herr Nicolaisen und Herr Arff nehmen die Wahl an.

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

Zu Punkt 9.2 der TO:

(Wahl eines Mitgliedes und eines stv. Mitgliedes für den Verwaltungsrat des ITVSH)
--

LVB Dr. Meyer informiert darüber, dass das Amt Mittleres Nordfriesland für den Zeitraum vom 28.10.2016 bis zum 27.10.2021 eine/ n Vertreter(in) und eine/ n stv. Vertreter für den Verwaltungsrat des »IT-Verbundes Schleswig-Holstein AöR [ITVSH]« bestimmen muss. Derzeit wird das Amt durch den LVB Dr. Bernd Meyer und den Amtsleiter für Bauwesen und Regionalentwicklung Herrn Marten Jacobsen in dem Gremium vertreten.

Er bittet die Mitglieder des Amtsausschusses um Wahlvorschläge.

LVB Dr. Bernd Meyer wird zur Wahl als Vertreter im Verwaltungsrat des ITVSH vorgeschlagen.

Die Amtsleiterin für Finanzen und Organisation Frau Claudia Pastewka wird zur Wahl als stv. Vertreterin im Verwaltungsrat des ITVSH vorgeschlagen.

Amtsvorsteher Paulsen fragt an, ob es seitens der Mitglieder des Amtsausschusses Einwände gegen eine En bloc-Wahl gibt. Nachdem dies nicht der Fall ist, stellt er die o.g. Wahlvorschläge en bloc zur Wahl.

Beschluss:

Die Mitglieder des Amtsausschusses wählen jeweils einstimmig Herrn Dr. Bernd Meyer zum Vertreter im Verwaltungsrat des ITVSH und Frau Claudia Pastewka zur stv. Vertreterin im Verwaltungsrat des ITVSH. Die Wahl gilt für den Zeitraum vom 28.10.2016 bis zum 27.10.2021.

Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0

Zu Punkt 10 der TO:

(Beratung und Beschlussfassung über Anträge)

Der Bürgermeister der Gemeinde Bohmstedt Herr Peter Tücksen erläutert die Anfrage des Landesvorsitzenden des Bundesverbandes WindEnergie e.V. (BWE) Schleswig-Holstein Herrn Reinhard Christiansen auf ideelle und auch finanzielle Unterstützung einer 'Imagekampagne' für die konsequente Fortführung der Energiewende mithilfe der Windkraft. Durch die EEG-Reform sieht der BWE-SH die Zukunft der Windkraft in der Region als stark gefährdet an. Die rückläufige Wertschöpfung bedrohe nicht allein die Windkraftbetreiber in ihrer wirtschaftlichen Existenz – in Nordfriesland befinden sich zudem viele der Anlagen in Bürgerhand [Bürgerwindparks] –, sondern stelle die Gemeinden aufgrund sinkender Steuereinnahmen vor kaum mehr zu bewältigende Probleme.

In der anschließenden Diskussion zeigt sich eine breite Übereinstimmung hinsichtlich der Auffassung, dass der Ausbau der Windkraft in den zurückliegenden Jahren eine »positive Wirkung« für die Region hatte. Es wird darauf hingewiesen, dass der schon heute vergleichsweise weit vorangeschrittene Ausbau des Glasfasernetzes ['schnelles Internet'] ohne die Unterstützung aus der Windkraftbranche nicht zu realisieren gewesen wäre.

Es besteht Einvernehmen, dass die Gemeinden bzw. die jeweiligen Bürgermeister(innen) einzeln darüber entscheiden, ob und in welcher Form sie die insgesamt als nützlich eingeschätzte Initiative des BWE-SH unterstützen.

Zu Punkt 11 der TO:

(Mitteilungen/ Anfragen)

Es liegen keine Mitteilungen oder Anfragen vor.

Der Amtsvorsteher Herr Paulsen bedankt sich bei den Mitgliedern des Amtsausschusses, den Vertreter(inne)n der Verwaltung und den Gästen für die rege und konstruktive Beteiligung und schließt die Sitzung des Amtsausschusses um 21:09h.

Der Amtsvorsteher	Protokollführer